

# Marzahn- Hellersdorf

28. Jahrgang / Februar 2018

# links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

## Stillstand beendet - Mahlsdorfer Verkehrslösung nimmt Fahrt auf

Nach jahrelangem Stillstand fand am 22. Januar 2018 der erste Schritt hin zur Wiederaufnahme der Planungen für eine Neuordnung des Verkehrs im Ortsteilzentrum Mahlsdorf statt. Auf Einladung der Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz waren Mitglieder des Abgeordnetenhauses, der BVV, des Bezirksamtes und des Senats sowie Vertreter der BVG und der Bürgervereine Mahlsdorf und Mahlsdorf-Süd zusammengekommen, um sich ein Bild von den bisherigen Planungen zu machen und weitere Schritte hin zu einer raschen Umsetzung einer Verkehrslösung Mahlsdorf zu beraten.

Deutlich wurde, dass die Weiterführung der Planungen überfällig ist. Die Blockade des Bezirksamtes in den vergangenen Jahren und die ruhenden Planungen auf Landesebene führten seit 2011 zum absoluten Stillstand. Zwar wurden immer wieder neue Vorschläge in die Öffentlichkeit gebracht, konkret verfolgt wurde davon allerdings nichts. Eine zusätzliche Nord-Süd-Verbindung auf Brandenburger Gebiet wurde beispiels-

weise ins Gespräch gebracht, konkrete Gespräche hatte es jedoch zu keinem Zeitpunkt gegeben. Vergleicht man die öffentlich diskutierten Vorschläge und Probleme bei der Umsetzung, wird deutlich, dass sich die Verantwortungsträger in Land und Bezirk immer wieder gegenseitig die Schuld des Stillstandes zugewiesen haben, ohne tatsächliche Schritte zur Lösung der Probleme zu gehen.

In der Veranstaltung stellten die Senatsverwaltung und die BVG ihre bisherigen Überlegungen dar, wonach der zweigleisige Ausbau der Straßenbahn in der Hönowener Straße bis zum S-Bahnhof Mahlsdorf für einen verlässlichen 10-Minutentakt und die Führung des PKW-Verkehrs über eine Umgehungsstraße (Straße an der Schule) im Mittelpunkt stehen. Ziel sei es, den Verkehr neu zu ordnen und eine Verbesserung der Situation für alle Verkehrsteilnehmer\*innen - Radfahrende, Fußgänger\*innen, Nutzer\*innen von Bus und Bahn sowie Autofahrende - zu erreichen.

Die Senatsverwaltung hatte verschiedene Trassenführungen der Straßenbahn sowie des Individualverkehrs geprüft. Eine Verlegung der Straßenbahn

in die Straße an der Schule beispielsweise wurde ebenso untersucht wie weitläufigere Linienführungen weiter östlich oder westlich des Ortsteilzentrums. Im Ergebnis bleibt für den Senat die bisher favorisierte Variante - zweigleisiger Ausbau der Straßenbahn in der Hönowener Straße und Individualverkehr in der Straße an der Schule - die Vorzugsvariante. In jedem Fall ist beabsichtigt, die Straßenbahn unter die S-Bahnbrücke zu führen



FOTO: K. DOBBERKE

Die Straßenbahn schlängelt sich durch das Mahlsdorfer „Nadelöhr“.

und den zweiten Tunnelbereich (heute Fahrradabstellplatz) für den Autoverkehr zu nutzen. Somit soll eine Nadelöhrsituation vermieden werden. Die BVG stellte im Besonderen die Dringlichkeit einer raschen Weiterführung der Planungen dar. Die Gleisanlagen müssen in den kommenden Jahren erneuert werden, andernfalls würde die Hönowener Straße in einigen Jahren für die Straßenbahn nicht mehr nutzbar sein. Investitionen in eine veraltete Anlage ohne einen zweigleisigen Ausbau, der aus Sicht der BVG unabdingbar für einen 10-Minutentakt ist, wären nicht sinnvoll.

Die vom Bezirk angedachte zusätzliche Nord-Süd-Verbindung für den Durchgangsverkehr wurde ebenfalls thematisiert. Aus Sicht des Senats ist dies Aufgabe des Bezirksamtes, da es sich nicht um eine übergeordnete Straße handelt. Staatssekretär Kirchner sicherte dem Bezirk seine Unterstützung hierbei zu. Warum dies in den zurückliegenden Jahren seitens des Bezirks nicht angepackt wurde, blieb unverständlich. Obwohl das Ortsteilzentrum seit Jahren überlastet ist, neue Bauprojekte abgeschlossen wurden, der Zuzug anhält und die

Straßenbahn ihre Leistungsfähigkeit längst überschritten hat, haben sich Bezirk und Land seit 2011 gegenseitig blockiert. DIE LINKE hat mit ihrer Initiative für einen Runden Tisch Mahlsdorf und der Forderung nach einer Verbesserung der Verkehrssituation in der Straße an der Schule die Diskussion erneut angeschoben. Dass daraus nun ein konstruktiver Dialog zwischen Bezirk und Land entstanden ist, begrüßen wir ausdrücklich.

Darüber hinaus wurden von den Bürgervereinen weitere dringende Probleme benannt. Hierfür ist aus Sicht der LINKEN der Runde Tisch Mahlsdorf ein gutes Instrument. Dieser sollte über die Verkehrslösung hinaus regelmäßig über Probleme in Mahlsdorf beraten und zwischen Bürgerschaft, Politik und weiteren Akteuren vor Ort schnell und unkompliziert Lösungen erarbeiten.

Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und Staatssekretär Kirchner sicherten eine rasche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu. Hierzu soll es Bürgerversammlungen sowie umfassende Informationen über die weiteren Schritte geben.

Die von Senat und BVG vorgestellten bisherigen Planungen, ein Vergleich zwischen der Straßenbahnführung durch die Hönowener Straße und die Straße an der Schule sowie weitere Informationen finden Sie unter [mahlsdorf.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de](http://mahlsdorf.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de). Wir werden dort über die weiteren Entwicklungen berichten.

KRISTIAN RONNEBURG (MDA)  
BJOERN TIELEBEIN (BVV)

### Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

**Seite 2:** Liebknecht-Luxemburg-Ehrung / Generationen-Konflikt / SPD wählt Macht statt Erneuerung

**Seite 3:** Petra Pau: Gemeinsam gegen Antisemitismus / Unternehmerfrühstück

**Seite 4:** BVV im Januar: Schulpolitik und Verkehr in Mahlsdorf / Aus dem Bezirksvorstand: Initiativtrüge und Finanzen

**Seite 5:** Bjoern Tielebein: Gemeinschaftsschule stärken ... / Aus den Siedlungsgebieten: Für eine Kita-Offensive

**Seite 6:** In die Höhe wachsen, nicht in der Fläche / Umsetzung des Berliner Toilettenkonzepts

**Seite 7:** Zur Person: Antje Fischer / Ausstellung

**Seite 8:** Versöhnung / Hinten links: Digitalisierung

## Liebknecht-Luxemburg-Ehrung

Von Tausenden sprachen die Medien, die am 14. Januar Karl und Rosa die Ehre erwiesen. Es waren Deutsche und andere Europäer sowie Türken, Kurden, Iraner und wer weiß, von wo noch her. Kurz nach neun hatte ich bereits Gesine und Annegret von unseren westlichen Nachbarn aus Lichtenberg begrüßt. Dann stieß ich auf den ersten eingekesselten „schwarzen Block“, farblich nur aufgefrischt durch „Rotjäckchen“ Katja und „Rotkäppchen“ Gabi und den allbekanntesten „Rotschopf“ Petra: unsere ziemlich kompletten Parteivorstände aus Land und Bund. Die umringenden Journalisten und deren Techniker genauso dunkel bekleidet im Gegensatz zu den meisten der übrigen Besucher mit ihren Transparenten und Fahnen (lediglich die Anarchisten hielten Schwarz in drei mal drei Metern hoch). Eine bunte Mischung aus mindestens fünf und fünfzig linken Parteien und Vereinen – Gewerkschaften auch. Wie gewohnt, hatte sich nur die Industriergewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (Bezirksverband Berlin) in Friedrichsfelde auch stationiert. An Berliner IG BAU-Kolleginnen und -Kollegen konnten wir ca. zwei Dutzend bekannte begrüßen und etwa noch einmal so viele von Chemnitz bis Köln und Hamburg bis München. Etliche gute Gespräche auch mit anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Da man im Gedränge oft einander nicht

bemerkt bzw. zueinander gelangt, bekommt man hinterher diesbezügliche Anrufe, SMS und E-Mails – dabei auch ein paar von den zahlreich erschienenen Marzahn-Hellersdorfern, obwohl die ja wissen, dass wir uns bald wieder in einer Versammlung oder Sitzung irgendeines Ausschusses oder Vorstandes oder eben nur in der Nachbarschaft

sehen. Wenn im Januar Gleichgesinnte in Massen solidarisch zusammenströmen, gibt ihnen das eine starke Motivation ins Jahr, in dessen Verlauf viel zu tun ist für soziale Gerechtigkeit, den Frieden und die Erhaltung unserer Erde.

BERND-R. LEHMANN



Gedenkstätte der Sozialisten in diesem Jahr – Ehrung für Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht.

Foto: Y. Rami

## Generationen-Konflikt

„Jamaika-Aus“ wurde zum Wort des Jahres 2017 gekürt. „GroKo“ oder „no GroKo“ könnten Anwärter für 2018 werden. Mit dem wahren Weltgeschehen hat das nichts zu tun. Schon wird spekuliert, welche „Köpfe rollen“ werden, falls eine erneute große Koalition aus CDU/CDU und SPD nicht kommt oder doch. Merkel, Schulz, Gabriel, Seehofer und noch mehr sind im Angebot. Mit dem tatsächlichen Weltgeschehen hat auch das nichts zu tun. Natürlich, ARD, ZDF und überhaupt, sie alle werden uns wieder Sondersendungen aufnötigen. Aber mit dem wirklich Wichtigen haben diese ohnehin fast nie zu tun.

Was aber ist wirklich wichtig?

Mitten im Bundestagswahlkampf 2017 hatten Autorinnen und Autoren ein Generationen-Manifest veröffentlicht (<https://www.generationenmanifest.de/>). Es war als Auftrag an die künftige Regierung adressiert. Aber eigentlich waren wir alle gemeint. Ihre Philosophie ist folgende: Früher gingen Generationen davon aus, dass es ihren Nachfolgern besser gehen wird. Dafür haben sie sich engagiert, erfolgreich. Das ist aber nicht mehr so. Heute ist die aktuelle Generation dabei, der Folgegeneration Lasten aufzubürden, die diese nicht mehr tragen kann. Und in der Tat ist an der Mahnung ja viel dran: „Wir sind die erste Generationen, die den Klimawandel spürt, und die letzte, die eine Klimakatastrophe verhindern kann!“

Und so enthält das Generationen-Manifest zehn Themen mit Forderungen, die so sehr drängen, dass sie jetzt gelöst werden müssen, nicht irgendwann. Das beginnt bei Friedenssicherung durch radikale Abrüstung weltweit. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich ist umgehend aufzulösen. Unternehmen und Banken dürfen nicht

länger gegen und auf Kosten der Menschheit agieren. Egoismus und Profitgier sind verantwortlich für immer mehr Flüchtlinge, die ein Recht auf Zukunft haben. Schließlich erfordert die radikale Digitalisierung der Gesellschaft eine neue Basis für Datenschutz und Bürgerrechte, also auch für die Demokratie.

Das war jetzt eine sehr verkürzte und unvollständige Zusammenfassung des Generationen-Manifestes mit meinen Worten. Ich habe es übrigens

zustimmend unterzeichnet, nachdem es publik wurde. Und so habe ich es im Kopf, wenn ich nach diesen oder jenen Sondierungs-Ergebnissen, egal ob Jamaika oder GroKo, gefragt werde. Mit den wirklichen und drängenden Problemen „unserer“ Menschheit haben diese Streitereien allesamt nichts zu tun. Vielleicht wäre dieser schlimme Befund mal wirklich eine Sondersendung wert.

PETRA PAU, MdB

## SPD wählt Macht statt Erneuerung

Beim Sonderparteitag der SPD am 21. Januar in Bonn hat eine knappe Mehrheit der Delegierten für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU gestimmt. Dazu erklärten die beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE:

Katja Kipping: „Dass die SPD jetzt wieder in eine große Koalition geht, halte ich für einen historischen Fehler. Der Bonner Parteitag wird Geschichte schreiben, wie die unsoziale 2010-Agenda-Politik. Es droht die endgültige Atomisierung der deutschen Sozialdemokratie. Ich sage das mit großem Bedauern, denn eine U20-SPD ist auch eine Niederlage für alle progressiven Kräfte links der CDU. Die Aufgabe der SPD darf doch nicht sein, Angela Merkel vor dem Rechtsruck der CDU zu retten, sondern die Idee einer sozialen Gerechtigkeit für die Mehrheit in diesem Land wieder attraktiv zu machen.“

Bernd Riexinger: „Die SPD begeht Harakiri. Ich habe vollstes Verständnis für jede und jeden, der

nicht länger Teil dieser Selbstzerstörung sein will. Kommissionen, Arbeitsgruppen und Halbzeitbilanzen können nicht darüber hinweg täuschen, dass sich in der SPD diejenigen durchgesetzt haben, die um jeden Preis an der Macht bleiben wollen. Noch im Wahlkampf war soziale Gerechtigkeit die Kernforderung der SPD. An den elementaren Stellschrauben für eine gerechtere Gesellschaft wie dem Kampf gegen prekäre Arbeit, steuerlicher Entlastung von Gering- und Normalverdienenden, bezahlbaren Wohnungen oder der Bürgerversicherung hat die SPD jedoch bereits vor Aufnahme der Koalitionsverhandlungen nicht drehen wollen.

DIE LINKE ist und bleibt die soziale Oppositionskraft. Wer in den kommenden vier Jahren soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden erkämpfen will, muss dies gegen die GroKo durchsetzen. Dazu braucht es eine starke linke Opposition, aber auch Druck von der Straße, den Gewerkschaften und den vielen zivilgesellschaftlichen Kräften. Wir sind dazu bereit.“

## Petra Pau (MdB): Gemeinsam gegen Antisemitismus

„Das kann ja heiter werden!“, schoss es mir durch den Kopf, als ich Info-Radio vom rbb hörte. Dort wurde gemeldet: „Alle Fraktionen, auch die AfD, haben heute für einen Bundesbeauftragten gegen Antisemitismus gestimmt, nur DIE LINKE nicht.“ Vorausgegangen war im Bundestag eine kurze Plenardebatte zum Thema „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“. So hieß auch ein Antrag, über den abgestimmt wurde. Das war Donnerstagnachmittag, am 18. Januar. Die ARD-Tagesthemen gingen etwas ausführlicher auf das Geschehen im Bundestag ein. Ich kam sogar in Wort und Ton vor. Aber inzwischen waren schon etliche E-Mails hereingepurzelt, fragende und schimpfende. Und dann setzte die sozialistische Tageszeitung „Neues Deutschland“ dem Ganzen die Krone auf. Die Redaktion titelte: „Gegen Antisemitismus, aber ohne DIE LINKE!“

Was war wirklich geschehen? Ein Rückblick: 2014 hatte der Bundestag, bereits zum zweiten Mal, einen „Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus“ berufen. Der arbeitete, immer wieder auch zusammen mit den Fraktionen des Bundestags, und legte im April 2017 einen über 300 Seiten langen Bericht über Antisemitismus in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und unterschiedlichen Prägungen von Judenhass vor. Ich hatte das Dokument damals als Vizepräsidentin für den Bundestag entgegengenommen und ausdrücklich gewürdigt, dass er auch Schlussfolgerungen empfiehlt, die vom Parlament möglichst umgehend umzusetzen seien.

„Umgehend“ zog sich in die Länge. Die Legislaturperiode des alten Bundestages neigte sich dem Ende zu. Es folgten Neuwahlen. Hernach schienen die meisten Fraktionen mit allem Möglichen beschäftigt zu sein, nur nicht mit dem Antisemitismus. Plötzlich, Anfang 2018, wartete die CDU/CSU mit ei-

nem Antrag auf, der auch von der SPD getragen werden sollte. Nein, nicht im Bundestag, sondern vorerst gegenüber Journalisten. Und so machten erste Schlagzeilen die Runde, etwa so: „Union will antisemitische Flüchtlinge konsequenter abschieben.“ Nun gibt es eine solche Empfehlung im Bericht der Expertenkommission nicht. Wohl aber den Hinweis, dass viele Flüchtlinge aus dem Nahen Osten von Haus aus antisemitisch geprägt sind. Zugleich hatten die Experten erneut betont, dass das Gros der judenfeindlichen Attacken von Rechtsextremen begangen wird, und dass inmitten der Gesellschaft rund ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger antisemitische Vorbehalte hegt. Diese Zahl ist nicht neu, neuerdings werden Vorbehalten gegen Jüdinnen und Juden aber immer enthemmter vorgebracht.

Wenig später hatte die Unions-Fraktion neben der SPD auch die FDP und Bündnis 90/Die Grünen für einen gemeinsamen Antrag angeheuert. DIE LINKE kam für sie als Partner nicht infrage, auch nicht bei einem solchen Thema. Die AfD wurde ebenfalls nicht gefragt, war aber sofort bei der Sache, schließlich ging es darum, Ausländer abzuschieben. Und so kam es zur Bundestagsdebatte. Ich plädierte für ein gemeinsames Engagement im Kampf gegen jedweden Antisemitismus. Ich warb für eine Bundesbeauftragte des Bundestages, die den Kampf gegen Antisemitismus koordiniert. Ich forderte mehr und dauerhafte Unterstützung für gesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Und ich mahnte, dass man Antisemitismus nicht erfolgreich bekämpfen kann, indem man Hass gegen Flüchtlinge schürt. Folglich enthielt sich DIE LINKE bei der Abstimmung, denn alle vorgeschlagenen Maßnahmen waren nur im Block zu haben. „Gegen Antisemitismus, aber ohne DIE LINKE?“

## Unternehmerfrühstück mit der Landesvorsitzenden der LINKEN

Der 12. Januar - der Raum im KulturGut ist wieder einmal gut gefüllt. Katina Schubert, Landesvorsitzende der LINKEN, und Manuela Schmidt, Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses berichten, was das erste Jahr Rot-Rot-Grün den Berlinerinnen und Berlinern gebracht hat und was für 2018/19 geplant ist. Zwei Schwerpunkte wurden deutlich:

Erstens: den Investitionsstau auflösen, vor allem bei Schulen, Kitas, Krankenhäusern und in der Infrastruktur. Wenn ein Schulneubau bisher acht Jahre dauert, ist erstaunlich, was im ersten Jahr schon angeschoben wurde, vor allem bei Schulen und beim Wohnungsbau. Mit dem Haushaltüberschuss von 2,1 Milliarden Euro 2016 sind gute Voraussetzungen für die kommenden Jahre gegeben. Zweitens: die Stadt sozialer und ökologischer machen! In Stichworten: Erhöhung des Mindestlohnes, bei der Bezahlung von Pflegepersonal, Künstlern und Honorarkräften. Preissenkungen für das Sozialticket. Stärkung der Stadtwerke, Radverkehr und ÖPNV. Unterbringung und Betreuung der Geflüchteten. Vieles wurde 2017 begonnen und der gerade beschlossene Haushaltplan für 2018/2019 wird - so Manuela Schmidt - für alle spürbare Fortschritte bringen.

Berlin wird mehr Personal einstellen, in der Verwaltung, bei der Polizei, in Schulen und Kitas. Ein Übel ist, dass als Erbe der SPD-CDU-Koalition eine Einstellung heute neun Monate dauert, die Bestätigung eines Bauantrags oft Jahre. Die Wiederherstellung einer funktionierenden Verwaltung ist nach Katina Schubert eine lebenswichtige



Petra Pau (MdB), Katina Schubert (MdB), Landesvorsitzende der LINKEN. Berlin, und Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin, beim Unternehmerfrühstück. Foto H. Wagner

Aufgabe für die Stadt. Schwierigkeiten sieht sie auf dem Gebiet der Industrie. 90 % der Berliner Arbeitsplätze entfallen auf den Dienstleistungsbereich, und wenn Siemens trotz hoher Gewinne über 500 Arbeitsplätze streichen will, kann man das nicht hinnehmen.

Bürgermeisterin Dagmar Pohle berichtete, dass die Krankenhäuser trotz Zahlung über Tarif kein Personal finden. Grundstücke fehlen, weil in der Vergangenheit zu großzügig verkauft wurde, sodass Unternehmen drohen, nach Brandenburg abzuwandern.

In der anschließenden lebhaften Diskussion standen Fragen der Überlastung des Personals im Gesundheitswesen, vor allem in der Pflege, der Mangel an Lehrern und Erziehern, zu hohe Gewerbesteuer für kleine Unternehmen, die Lage der Soloselbständigen und wie immer die TVO (Tangentialverbindung Ost) im Mittelpunkt. Wichtig die Information, dass die Verzögerung der TVO nicht von Rot-Rot-Grün verursacht, sondern durch Untätigkeit der SPD-CDU-Koalition entstanden ist.

Abschließend lud Petra Pau wie immer zum zwanglosen Gespräch bei Schmalzstullen und sauren Gurken ein und bot an, zum nächsten Unternehmerfrühstück ein Mitglied der Bundestagsfraktion der LINKEN einzuladen, um über die Bundespolitik zu diskutieren.

Die auf den Tischen ausgelegten Flyer „Ein Jahr Rot-Rot-Grün. Ein Anfang ist gemacht“ waren am Ende alle verschwunden. Ein gutes Zeichen!

ERIKA MAIER

## Schulpolitik und Verkehr in Mahlsdorf

### Bericht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 25. Januar 2018

Die Sitzung begann mit einer Feierstunde anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar. Gastredner Dr. Hans Coppi, Ehrenvorsitzender des Berliner VVN-BdA e.V., forderte, sich immer wieder auch mit den konkreten Orten der Nazi-Barbarei – hier beispielsweise das von den Nazis euphemistisch als „Zigeunerrastplatz Marzahn“ bezeichnete Lager – zu beschäftigen und die Erinnerung wachzuhalten. Auch lobte er dahingehende lokale zivilgesellschaftliche Initiativen zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Musikalisch wurde die Veranstaltung von Schülerinnen und Schülern der Hans-Werner-Henze-Musikschule begleitet.

Unsere Bezirksstadträtin für Facilitymanagement, Kultur und Soziales, Juliane Witt, berichtete vom Umbau der Halle in der Premnitzer Straße zur Skatehalle, die planmäßig stattfindet. Am 2. Februar um 12 Uhr öffnet die Halle für die Skater\*innen. Ab 1. Februar übernimmt der Bezirk das Schloss Biesdorf als Betreiber. Karin Scheel – derzeitige Betreiberin der Galerie M – wird ab Mai dann für die bezirkliche Galerie im Schloss verantwortlich sein. Die derzeitige Ausstellung bleibt noch bis Ende April erhalten, und auch die Galerie M eröffnet am 18. Februar noch einmal eine neue Ausstellung des Frauenkunstmuseums, so Witt. Der Kunststandort auf der Marzahner Promenade soll erhalten bleiben und ab Mai zunächst von der bezirklichen Künstlerinitiative für etwa drei Monate bespielt werden. Danach wird versucht, die Galerie M auch personell wieder vom Bezirk aus zu besetzen. Witt berichtete weiterhin, dass eine Beratungsstelle für Obdachlose im Bezirk – gefördert vom Senat – eingerichtet werden soll und dass die Sanie-

rung des Hauses der Befreiung in der Landsberger Allee über SIWANA angemeldet ist.

Priorität der Linksfraktion war die Große Anfrage zum Verbleib der Mozart-Gemeinschaftsschule während der Sanierungsarbeiten am Haus 2. Dabei wurde auch unser dringlicher Antrag *Gemeinschaftsschule stärken, nicht zerreißen* verhandelt. Die Lage bei der Mozart-Schule ist schwierig. Der Senat hatte Bedenken wegen der Anmietung eines privaten Objekts in der Coswiger Straße angemeldet. So wird der Umzug in ein Ausweichgebäude wahrscheinlich erst zum Schulhalbjahr 2019 erfolgen können, so der zuständige Bezirksstadtrat Gordon Lemm (SPD). Eine gesamte Auslagerung sei nicht erforderlich, der Grundschulbereich könne am Standort verbleiben, der Oberschulbereich soll ausgelagert werden. Eine abschließende Prüfung ergab, dass eine Aufstellung von Containern aus Platzgründen und wegen unterirdischer Leitungen auf dem Schulgelände nicht möglich ist. Der Ausweichstandort Coswiger Straße in Marzahn-Süd soll laut Lemm deshalb vorangetrieben werden. Unser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein drängte im Zusammenhang mit unserem dringlichen Antrag, weiter eine standortnahe Container-Alternative zu finden. Das Bezirksamt will das nochmals prüfen. Der Antrag wurde in den Schul-, den Liegenschafts-, den Haupt- und den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen.

Beschlossen wurden unsere dringlichen Anträge Vereine für Förderprogramm „Sport im Park“ sowie zur Veröffentlichung aller Informationen zur Verkehrslösung Mahlsdorf. Unser Antrag für einen Runden Tisch für eine Verkehrslösung wurde ebenfalls beschlossen. THOMAS BRAUNE

## Aus dem Bezirksvorstand: Initiativanträge und Finanzen

In der ersten Zusammenkunft des Bezirksvorstandes 2018 stand die weitere Behandlung der Initiativanträge von der 6. Hauptversammlung an der Spitze der Tagesordnung. Hierzu wurden als Gäste Lore Held, Uwe Klett und Ulrich Clauder begrüßt, die mit anderen gemeinsam die drei Anträge am 11.11.2017 einbrachten. Der Antrag zur Schaffung eines digitalen öffentlichen Bürgernetzwerkes wurde auf Grund seines inhaltlichen landesweiten Anspruches an den Landesvorstand weitergereicht. Zwischenzeitlich wurde auf der 3. Tagung des 6. Landesparteitags ein Beschluss gefasst, „DIE LINKE in Berlin zur Mitmach-Partei (zu) entwickeln“. Nach einer kurzen Verständigung mit den Gästen über eine mögliche Verbindung des Initiativantrages mit diesem Beschluss des Landesparteitags erfolgte die Festlegung, dass bis spätestens April 2018 eine Information zum Umsetzungsstand erfolgen sollte. Anschließend kam es zu einer ausführlichen Erörterung des Initiativantrages bezüglich regelmäßiger öffentlicher BürgerInnenversammlungen, die in Zusammenarbeit zwischen BVV- und Abgeordnetenhausfraktion in den Wahlkreisen durchzuführen sind. Folgende inhaltliche Fragen wurden übereinstimmend hervorgehoben: Es sind dringend aktuelle kommunale Fragen zu behandeln, wie zum Beispiel die Verkehrssituation in Mahlsdorf oder die Wohnungsbauvorhaben in Hellersdorf. Wir sollten dabei nicht davon ausgehen, dass DIE LINKE schon für alle Fragen fertige Lösungen und Vorschläge vorweisen kann. Die Be-

kanntmachung der Versammlungen und die Einladung breiter Bevölkerungskreise in geeignete Räume sind ernsthaft zu prüfen und zu organisieren. Bestehende Versammlungsrahmen und Formen in einigen Wahlkreisen sind weiterhin zu nutzen. Den BO in Wahlkreisen, in denen keine direkt gewählten Abgeordnete vorhanden sind, sind seitens der Wahlkreisverantwortlichen in Zusammenarbeit mit Vertretern der BVV und aus dem Bezirksamt verstärkt Hilfe bei der Organisation zu geben. In diesem Zusammenhang wurde auf den Strukturentwicklungsbeschluss vom Juni 2015 verwiesen, der die Wahlkreise zum politischen Wirkungsgebiet erklärte. Schließlich diskutierten wir den Initiativantrag zur Verkehrslösung in Mahlsdorf und der Sanierung von U-Bahnhöfen in Hellersdorf unter Beachtung des Denkmalschutzes. Hier gibt es bereits in naher Zukunft konkrete Termine (22. Januar zu Mahlsdorf) und Vorhaben zur Information und Einbeziehung der Öffentlichkeit (Frühjahr/Frühsummer 2018 zu U5).

Auf der zweiten Sitzung des Bezirksvorstandes standen vor allem Fragen der Finanzen zur Diskussion. Zu Gast war hierzu Landesschatzmeisterin Sylvia Müller. Anhand umfangreicher Unterlagen erläuterte sie das einheitliche Planungsmodell 2018 zur Finanzierung (Einnahmen und Ausgaben) des Landes- und der Bezirksverbände. Auf dieser Grundlage wird unser Bezirksvorstand in Kürze einen bezirklichen Finanzplan 2018 erarbeiten und beschließen. UWE WOLLMERSTÄDT

## Tierdiebstahl, Tiermorde - jetzt reicht's!

Seit sieben Jahren betreiben wir den Kinderbauernhof „SpieleWald“ in Eiche. Ein Projekt, dass viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene glücklich macht. Staatliche Förderung bekommen wir nicht, da das Gelände in Brandenburg liegt (sagt Marzahn-Hellersdorf) und die Kinder ja mehrheitlich aus Berlin kommen (meint die Gemeinde Ahrensfelde).

Wir finanzieren uns durch Veranstaltungen, Reitstunden, ... . Unsere Preise sind bewusst niedrig gehalten, damit sich auch wirklich jeder mal eine Runde oder gar eine Stunde auf dem Pferd leisten kann. Freunde unterstützen uns ehrenamtlich.

Jetzt brauchen wir auch Eure und Ihre Hilfe!

Es spielten sich gruselige Dinge ab, von denen wir hier nun öffentlich berichten müssen:

In den Vorjahren gab es immer wieder Diebstähle und Vandalismus, sogar drei Schafe wurden getötet und entwendet. Seit Beginn dieses Jahres häufen sich die Probleme. Zwei unserer Katzen sind verschwunden, von Nacht zu Nacht schrumpft der Hühnerbestand. Mitte

Januar fanden wir von unseren fünf Laufenten nur noch die abgehackten Köpfe. Wir wollen das nicht mehr hinnehmen - es reicht jetzt! Wir lieben unsere Tiere, ziehen sie teilweise mit der Flasche groß, leben für und mit dem Hof und den Tieren und werden nicht zulassen, dass



Eins der Pferde auf dem Kinderbauernhof. Foto: H. Wagner

unsere Arbeit so zerstört wird. Zur Sicherung unserer Tiere haben wir nun ein Angebot über Spezialkameras eingeholt, die uns inklusive Installation zirka 2.000 Euro kosten werden. Diese Summe können wir selbst nicht aufreiben. Daher wünschen wir uns, diesen Hilferuf zu teilen, um möglichst viele potenzielle Helfer zu erreichen. 2.000 Euro sind ein ganzer Batzen, wenn's uns aber gelingt, 400 gute Menschen zu finden, die jeweils 5 Euro spenden, haben wir's geschafft, können die Tiere besser schützen und müssen keinen weinenden Kinder erklären, dass ihr Lieblingstier getötet wurde.

Als Dankeschön werden wir die Namen der Spender publizieren. Wir freuen uns über das regelmäßige Schulterklopfen für unser Arbeit im Bezirk - diesmal brauchen wir aber etwas Geld!

**Wer uns helfen möchte:**

**Spielplatzinitiative Marzahn e.V.**

**Bank für Sozialwirtschaft**

**BIC: BFSWDE33BER**

**IBAN: DE55 1002 0500 0003393100**

**Verw.-Zweck: SpieleWald**

MATTHIAS BIELOR, ANNA GÄRTNER  
Spielplatzinitiative/Kinderbauernhof

**Anmerkung der Redaktion:** Unsere Abgeordneten Petra Pau, Manuela Schmidt, Kristian Ronneburg und Regina Kittler sowie Bjoern Tielebein (BVV) haben bereits gespendet. Helfen auch Sie!

## Bjoern Tielebein: Gemeinschaftsschule stärken, nicht zerreißen

In Berlin nimmt die lange überfällige Schulbau- und Schulsanierungsoffensive Fahrt auf. Rot-Rot-Grün hat sich hohe Ziele gesetzt, die maßgeblich von den Bezirken umgesetzt werden sollen. Auch in Marzahn-Hellersdorf wird dies an vielen Stellen sichtbar. Damit verbunden sind aber Hürden. Eine davon betrifft beispielsweise notwendige Ausweichstandorte, wenn Schulgebäude während einer Sanierung geräumt werden müssen. Hier fehlt es zumeist an geeigneten Objekten in der Nähe der Schulen. Ein Beispiel hierfür ist die Mozart-Gemeinschaftsschule in Hellersdorf. Bereits im vergangenen Jahr sollte die Sanierung des zweiten Gebäudes beginnen. Die Schülerinnen und Schüler der dort lernenden Oberstufe sollten nach dem Willen des Schulamtes auf andere Oberschulen verteilt werden. Eine Rückkehr in die Gemeinschaftsschule war nicht vorgesehen. Die BVV widersprach dieser Absicht und schlug eine Verschiebung der Sanierung vor, um mit einem Ausweichstandort für

die gesamte Oberstufe das faktische Zerbrechen der Schule zu verhindern. Im Sommer 2017 gab es seitens des Schulamtes lediglich den Plan, ein sich in Privateigentum befindliches Gebäude in Marzahn-Süd für ca. 500.000 Euro jährlicher Miete für einen Zeitraum von fünf Jahren anzumieten. Eine von der LINKEN geforderte Container-Reserve, um solche Engpässe vor Ort zu lösen, war bisher nicht in Sicht. Obwohl das Schulamt für die Kiekemal-Grundschule in Mahlsdorf eine solche Container-Lösung anstrebt, scheint dies für die Gemeinschaftsschule in der Hellersdorfer Großsiedlung kein Thema für Schulstadtrat Gordon Lemm (SPD) zu sein. Für die Mozart-Schule bedeutet die Auslagerung eines Teils des Schulbetriebs zum S-Bahnhof Springpfuhl aber weiterhin das vorläufige Ende des mühsam entwickelten Gemeinschaftsschulprojektes, wenn ein Teil der Schule für mindestens zwei Jahre nicht mehr am Standort Hellersdorf verortet ist. Für die Schülerinnen und Schüler, die dann einen

langen Schulweg auf sich nehmen müssten, wäre die Auslagerung ebenfalls eine hohe Belastung. Nunmehr stellt sich heraus, dass das Mietobjekt auch zum geplanten Sanierungsbeginn im Sommer 2018 nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen wird. Für DIE LINKE ist dies ein Anlass, erneut auf den Kauf von wiederverwendbaren Containern zu setzen. Diese würden preiswerter als die Anmietung eines Privatobjektes (auf fünf Jahre kostet dies mehr als 2 Millionen Euro) sein und bieten auch nach der Sanierung der Mozart-Schule die Möglichkeit, an anderen Sanierungsstandorten Engpässe auszugleichen. Für uns steht der Erhalt des Gemeinschaftsschulprojektes im Mittelpunkt. Daher werden wir in der BVV dafür streiten, dass Schülerinnen, Schüler und Lehrende auch weiterhin gute Lernbedingungen vor Ort vorfinden und eine dringend notwendige Sanierung nicht zum Ende eines LINKEN Schulprojektes führt.

BJOERN TIELEBEIN

## Aus den Siedlungsgebieten Für eine Kita-Offensive in den Siedlungsgebieten!

Ein Kitaplatz ist für die vielen jungen Familien, die in unserem Bezirk leben, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unverzichtbar. Unser Bezirk wächst immer weiter und so werden bis zum Jahre 2030 hier 262000 Einwohner erwartet. Wir verfügen gegenwärtig über 12000 Kitaplätze in 103 Kindertagesstätten, welche durch 32 Träger betrieben werden.

Dabei werden immer mehr Kitaplätze benötigt, da die Anzahl der Kinder in der Altersgruppe bis sechs Jahre deutlich angestiegen ist. Deshalb sollen laut Kitaentwicklungsplanung bis zum Jahr 2020 insgesamt 2000 neue Kitaplätze entstehen. Dank der guten Wohnmöglichkeiten in den Siedlungsgebieten nimmt hier der Zuzug im Rahmen der „wachsenden Stadt“ auch von jungen Familien zu.

Nach Ansicht der Bezirksverordneten Zoe Dahler, die auch Mitglied des Jugendhilfeausschusses ist, „besteht hier schon jetzt ein erheblicher Fehlbedarf an Kitaplätzen, der nur durch den Neubau von Kitas weitgehend abgebaut werden kann. Deshalb ist auch hier dringend eine Kita-Offensive geboten. Die rot-rote-grüne Koalition ermöglicht den Trägern der

Kitas, Gebäude auf landeseigenen Grundstücken unter günstigen Bedingungen in Erbbaupacht zu



Eine der neuen Kitas im Bezirk, die Kita an den Schmetterlingswiesen. Foto: Ph. Trögel

erwerben. Die Zinslast wird von 6,5 Prozent vom Grundstückswert auf einen Euro pro Jahr gemindert. Zudem werde der Kaufwert des Bauwerks gestundet.“ Dadurch ist auch in den Siedlungsgebieten der Weg für fällige Investitionen freigewor-

den. Am 3. November 2017 fand in der Stralsunder Straße 20 das Richtfest für eine Kita mit 70 Plätzen statt. In der Dirschauer Straße 7 ist der Neubau einer Kita mit 94 Plätzen, in der Pilgramer Straße 309 mit 130 Plätzen und in der Bütower Straße 8 mit 60 Plätzen geplant. In Kaulsdorf sind in der Adolf-Menzel-Straße 54 eine Kita mit 60 Plätzen und im Bennewitzer Weg 33 eine Kita mit 100 Plätzen in der Planung. Am Standort Ulmenstraße in Kaulsdorf ist in den letzten zwei Jahren nach Verkauf der Fläche durch die BIM an einen Träger der geplante Bau einer Kita nicht umgesetzt. Ein Bauantrag wurde aber gestellt. In Biesdorf wurde im August 2017 mit der BIP Kreativitätskita an den Schmetterlingswiesen die 110. Kita in Marzahn-Hellersdorf eröffnet.

Mit den veränderten Bedingungen zum Erwerb landeseigener Grundstücke durch Träger der freien Jugendarbeit kann der Rechtsanspruch auf den Erwerb eines Kitaplatzes besser umgesetzt werden. Die Linksfraktion in der BVV wird diesen Prozess konstruktiv begleiten und sich auch mit den inhaltlichen Konzepten der Kinderbetreuung auseinandersetzen.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Bezirksverordneter

## In die Höhe wachsen - nicht in der Fläche

**W**äre das nicht eine nachhaltige Wohnungsbauentwicklung?

Um dem Bevölkerungswachstum Berlins gerecht zu werden, sind jedes Jahr bis zu 20000 neue Wohnungen notwendig. Neben der Verdichtung vorhandener Wohnquartiere und der Erschließung verschiedener Wohnraumpotentiale im Bestand geht das auch über die Ausweisung neuer bebaubarer Gebiete. So hat der Senat große Neubaustandorte auf Restflächen im Inneren der Stadt und vor allem Flächen am Rande ausgewiesen. Nicht nur unter ökologischen Gesichtspunkten ist manches dieser Vorhaben umstritten.

Dabei ist es wichtig, dass die Anwohner\_innen mitgenommen, die Öffentlichkeit beteiligt wird. Doch darüber hinaus ist unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung zu fragen, ob es weiterhin Sinn macht, möglichst jede innerstädtische Kleingartenanlage plattzumachen, Parks zu bebauen, Grünzüge und Klimaschneisen zu verstellen, während man andererseits einer aus dem 19. Jahrhundert stammenden Ästhetik folgend am liebsten nur Ein- und Zweifamilienhäuser oder bestenfalls sogenannte „Town Houses“ errichtet, wertvolle Flächen verbaut, Boden zerstört.

Warum verständigt man sich nicht darüber, entlang bestehender Verkehrsachsen auf eine geschlossene Bauweise zu setzen, statt große Flächen dahinter zu zersiedeln (wie z.B. in den Planungen zum „Blankenburger Süden“ oder auch zu den zum Glück erst mal gescheiterten Planungen der „Elisabethaue“)? Aber auch in unserem Bezirk

könnte man sich eine mehrgeschossige geschlossene Bebauung mancher Flächen an der Chemnitzer



Straße oder am Hultschiner Damm statt des Verbauens der zweiten und dritten Reihe vorstellen, für die meisten Gebiete kommt das hier leider zu spät. Generell sollte dort, wo bereits Bebauung bestand, wie in Teilen der Großsiedlung, auch eine höhergeschossige Bebauung ermöglicht werden, Bürgerbeteiligung muss ja wohl auch für uns nicht heißen, jedem Partikularinteresse nachzugehen.

Berlin muss, wenn es weiter wächst, vor allem auch weiter in die Höhe wachsen. Dazu gehört auch das eine oder andere Hochhaus, wo es Sinn macht, vielleicht auch an zentralen Stellen unseres Bezirkes, zum Beispiel an den einst hierfür geplanten Ecken an der Plaza der heutigen „Hellen Mitte“, aber sicherlich nicht nur da.

FRANK BEIERSDORFF

*In der Marzahner Kienbergstraße entsteht zurzeit ein Neubaublock mit 142 Wohneinheiten - mitten in der bereits bebauten Großsiedlung, neben Kienbergtower und Elfgeschossern, dort, wo der Kampf der Bewohner\_innen dem Erhalt der kieznahen Kaufhalle galt, auf deren Standort nun aber gebaut wird.*  
Foto: Y. Rami

## Kristian Ronneburg (MdB):

### Umsetzung des Berliner Toilettenkonzepts - Weiterbetrieb der WALL-Toiletten bis zum Aufbau neuer Toiletten gesichert

**I**n den letzten Monaten gab es viele Diskussionen darüber, wie der rot-rot-grüne Senat das neue Berliner Toilettenkonzept umsetzen will. Der neue Senat trat dabei das politische Erbe der rot-schwarzen Vorgängerregierung an, die die Weichen dafür stellte, das bisherige Geschäftsmodell von WALL aufzulösen und die Errichtung und den Betrieb der Toiletten von der Erteilung von Werberechten zu entkoppeln. Dieses Geschäftsmodell sah vor, neue Toiletten nur gegen neue Werbetafeln zu erlauben, was zu vielen Problemen in den Bezirken geführt hat, die keine neuen Werbetafeln zur Verfügung stellen wollten.

Mit der Umsetzung des neuen Toilettenkonzepts strebt der Senat die schrittweise Verbesserung des Angebots an öffentlichen, barrierefreien Toiletten in allen Bezirken an.

Zum Vergleich:

Für Marzahn-Hellersdorf als einem der bisher am schlechtesten versorgten Bezirken (13 Toiletten, weniger hat nur Lichtenberg mit neun) würde die „verbesserte Versorgung“ nach dem im Konzept beschriebenen Szenario 19 Toilettenstandorte

bedeuten, in der „erweiterten Versorgung“ wären es 23. Als LINKE halten wir an dem Ziel fest das Szenario der „verbesserten Versorgung“, die eine Erhöhung der Zahl der Toiletten von 281 („Grundversorgung“) auf 366 Toiletten in Berlin vorsieht, so schnell wie möglich umzusetzen.



Wie geht es nun weiter? Die Ausschreibung wurde bereits gestartet. Bis Mitte Februar 2018 müssen Interessenten Angebote für den Betrieb neuer Toiletten abgeben. Der Zuschlag seitens des Landes

Berlin wird Ende April, Anfang Mai 2018 erfolgen. Die Ausschreibung für die neuen Toiletten sieht selbstverständlich die Beteiligung von Menschen mit Behinderung vor.

Der bisherige Vertrag mit der Firma WALL für den Betrieb der Toiletten wird am 31.12.2018 enden. Hier stellte sich bisher die Frage, wie die Übergangsphase hin zu einem neuen Betreiber, der neue Toiletten aufstellen wird, gestaltet wird. Am 22.1.2018 konnte die zuständige Senatsverwaltung hier eine Einigung mit WALL erzielen. Die Firma wird ab dem 1.1.2019 übergangsweise die alten Anlagen bis zum Aufbau neuer Anlagen weiterbetreiben.

Diese Vereinbarung ist eine gute Nachricht für alle Berlinerinnen und Berliner, denn damit wird der Betrieb der öffentlichen Toiletten in der Übergangszeit von alten zu neuen Anlagen in der bekannten Qualität gesichert. Vor allem ist dies ein deutliches politisches Signal an die Menschen in unserer Stadt, die auf funktionierende öffentliche Toiletten dringendst angewiesen sind.

## Zur Person: Antje Fischer

Antje Fischer ist 38 Jahre alt und lebt mit ihrem Sohn in der Poelchaustraße. Sie arbeitet als Pflegehelfer in einer Einrichtung für betreutes Wohnen für Senior\*innen und absolviert nebenberuflich die Ausbildung zur examinierten Pflegekraft.

● Seit wann bist du Mitglied der Partei DIE LINKE und was hat dich zu dieser Entscheidung bewogen?



Antje Fischer - passend zum Karl-Marx-Jahr vor einem Plakat mit Marx und Engels.

Foto: Th. Braune

A.F.: Ich bin seit Juli vergangenen Jahres Parteimitglied. Mein Herz schlägt schon immer links. Lange habe ich gedacht, ich kann die Menschen auch ohne Parteizugehörigkeit mitreißen. Mir wurde dann aber bewusst, dass man in einer Gemeinschaft stärker ist. Da ich sowieso auf der Suche nach Gleichgesinnten war, habe ich mich für den Eintritt entschieden und wünschte sogar, ich hätte es schon viel früher getan.

● Du warst im vergangenen Jahr bei einer Dokumentation über Wählergruppen im Fernsehen zu sehen. Wie kam es dazu?

A.F.: Ja, und die Teilnahme an der Doku hat mir auch sehr viel Spaß bereitet. Eine Journalistin wurde durch eine Internetrecherche über Face-

book auf mich aufmerksam und da ich öffentlich zu meiner Einstellung stehe und mich nicht verstecken will, entschloss ich mich, nach Beratung innerhalb der Familie, daran teilzunehmen.

● Warst du mit der Dokumentation zufrieden und welche Reaktionen gab es aus deinem persönlichen Umfeld?

A.F.: Mit der Dokumentation an sich war ich sehr zufrieden. Leider konnte aus Zeitgründen nicht das gesamte Filmmaterial verwendet werden, aber ich bekam den Eindruck, dass meine Familie und ich gut dargestellt wurden und auch das Feedback von Freunden und Bekannten war sehr positiv. Selbst in den sozialen Netzwerken gab es positive Resonanz.

● Wie kam es zu deiner Kandidatur für den Bezirksvorstand?

A.F.: Vom ehemaligen Bezirksvorsitzenden Norbert Seichter wurde ich gefragt, ob ich mir vorstellen kann zu kandidieren. Ich habe darüber nachgedacht und entschieden, dass das genau der Weg ist, den ich gehen möchte. Aktiv mitzumachen, dabei zu sein und wenn möglich auch positive Veränderungen für meine Mitmenschen zu schaffen, gerade was das Bildungs- und Gesundheitssystem betrifft, waren meine Beweggründe mich für diesen Schritt zu entscheiden.

● Was sind deine Ziele im Bezirksvorstand?

A.F.: Ich möchte die Menschen gerne zusammenführen, sie in der Gemeinschaft stärken, so dass

wir gemeinsam an einer lebenswerten Gesellschaft arbeiten. Ich möchte die Anonymität eingrenzen, wünsche mir Solidarität und denke, dass man es gemeinsam schaffen kann, auch eines Tages den Rassismus in unserem Bezirk einzudämmen.

● Was könnte DIE LINKE im Bezirk machen, um wieder verlorene Wählerstimmen zurückzugewinnen?

A.F.: Ich denke wir müssen noch präsenter sein. Wir sollten mehr von uns zeigen, transparent sein und klar auf die Ängste und Sorgen der Menschen eingehen. Aufklärungsarbeit spielt da in meinen Augen eine große Rolle. Aber auch kulturelle Angebote sollten der Präsenz dienen; die Unterstützung der Schulen bei Hoffesten beispielsweise.

● Könntest du dir auch vorstellen, in der Bezirksverordnetenversammlung aktiv zu werden?

A.F.: Ja, das kann ich mir gut vorstellen, jedoch muss ich erst noch vieles lernen. Dank meiner Genossen und Genossinnen wird das von Tag zu Tag mehr und es fühlt sich sehr gut an, gemeinsam an unseren Zielen zu arbeiten.

● Vielen Dank.

Das Gespräch führte Thomas Braune.

### Wegweiser

**schließe nicht Türen  
die Offenheit erfordern  
öffne nicht Türen  
durch die du nicht gehen kannst**

JANINA NIEMANN-RICH

### Rotes Sofa

» 19.2., 18 Uhr, WK-Büro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin. Bei Manuela Schmidt und Regina Kittler ist der Künstler Georg Zahn zu Gast, Vernissage und Ausstellung.

## IMPASSE - Fotoausstellung zur Stadtentwicklung in der urbanen Peripherie

Unter dem Titel „IMPASSE Rom Berlin. Stadtrand am Scheideweg“ wird im September dieses Jahres mit Unterstützung des Bezirksamtes im Alten Rathaus Marzahn der italienische Fotograf und Städteforscher Pasquale Liguori eine Fotoausstellung zur urbanen Peripherie Berlins - hier Marzahn-Hellersdorf - und Roms zeigen.

Am 12. Januar wurde das Ausstellungsprojekt von Pasquale Liguori zusammen mit der Wahlkreisabgeordneten Dr. Manuela Schmidt (MdB, DIE LINKE - rechts im Bild) und der Marzahn-Hellersdorfer Abgeordneten Iris Spranger (MdB, SPD) im Alpha II auf dem Gelände des Abenteuerspielplatzes der Spielplatzinitiative Marzahn e.V. vorgestellt. Deren Vorsitzender Matthias Bielor hatte den Kontakt zu Liguori vermittelt.

Ziel der Ausstellung ist es auch, eine Diskussion

darum zu führen, wie sich unser Bezirk weiter entwickeln soll. Manuela Schmidt wird dieses spannende Projekt weiter begleiten und unterstützen. Im Vorfeld der Ausstellung sind weitere Veranstaltungen geplant.

Mehr Informationen zu Pasquale Liguori sowie Fotos von ihm gibt es auf seiner Webseite: [www.pasliguori.com](http://www.pasliguori.com)

THOMAS BRAUNE



FOTO: TH. BRAUNE

## Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden

**G**ibt es eine bessere Erklärung für die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., die dieser seit 1919 leistet?

Der Volksbund stellte seine Arbeit in den Jahren 2014 bis 2018 unter die Losung „100 Jahre Erster Weltkrieg – gegen das Vergessen“.

Aus dessen Ende und den von den Siegermächten der Entente in Verträgen und auf Landkarten getroffenen Festsetzungen rühren bis heute noch viele der aktuellen Konflikte in Europa, Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten. Als des Ersten Fortsetzung ist der Zweite Weltkrieg zu betrachten. Noch immer findet man Jahr für Jahr bis zu 30.000 Kriegstote. Erst am 7.12.2017 waren die Überreste des 900.000' ten

allein auf dem Gebiet der heutigen Länder Russland, Weißrussland und Ukraine gefundenen deutschen Kriegstoten auf der Kriegsgräberstätte Sepesh neben weiteren ca. 35.000 Gefallenen beigesetzt worden. Kein Heldengedenken, doch letzte Ruhe in Würde ist ein Gebot der Menschlichkeit. Anlässlich 25 Jahre deutsch-russisches Kriegsgräberabkommen vom 16.12.1992 gab es am 12. Dezember im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst einen Festakt. Insbesondere die Worte des Volksbundpräsidenten, Wolfgang Schneiderhahn, des russischen Botschafters, Wladimir M. Grinin, und des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble, beeindruckten nicht nur uns vier anwesende Marzahn-Hellersdorfer; das sowohl in ihrer intellektuell und sachlich-politisch starken Aussage als zugleich in ihrer menschlichen, sehr bewegenden Sichtweise. „Die historische Amnesie droht – das darf nicht zugelassen werden.“ sagte Botschafter Grinin. Auch die weiteren Redner machten deutlich: An der großen Aufgabe, die Trennung Europas zu überwinden, haben wir alle noch mehr als genug zu tun.



1992 war der Weltfrieden sicherer als gegenwärtig.

BERND-R. LEHMANN

## Hinten links:

### Digitalisierung = Entmenschlichung?

**M**enschliche Intelligenz ist nicht definiert – folglich lässt sich schwerlich beantworten, was Künstliche Intelligenz ist.

Mehr und mehr ins Bewusstsein der „normalen“ Menschen rückt die seit Jahren in Gang gekommene Industrielle Revolution 4.0.

Eine Studie der IHK Berlin besagt, dass Digitalisierung bis 2030 in der deutschen Metropole 52.000 Arbeitsplätze (= 3,7 %) einsparen, jedoch den andauernden Fachkräftemangel nicht ausgleichen wird.

Die deutschlandweit erste Studie dieser Art zeigt, dass die Digitalisierung keineswegs nur der vielfach beklagte „Jobkiller“ ist – sondern neue (für Berlin sind ca. 25.000 = 1,8 %) prognostiziert) Arbeitsplätze schafft, die allerdings in ihren Anforderungen und Tätigkeitsinhalten anders werden.

Ausbildung und Anwerbung qualifizierten Personals bleiben somit die größten Herausforderungen für die Wirtschaft.

### Frage

Wer hat eine Vorstellung von der ganzen Komplexität dieser technischen Entwicklungen in ihrer Anwendung und Wirkung auf die Gesellschaft und den einzelnen Menschen – auf das Leben schlechthin?

R. RÜDIGER

## Bezirksvorstand

» 20.2., 6.3. jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratung des Bezirksvorstandes

## Basisgruppensprecher-Beratungen

» 1.3., 5.4. 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» 1.3., 5.4. jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» 7.3., 4.4. jeweils 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

## Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» 15.2., (1) 10 - 12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, (2) 15 - 17 Uhr, Klub 74, Am Baltenring 74, 12619 Berlin, um **telefonische Anmeldung** unter: 030 99289380 wird gebeten

## Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» 23.2., 23.3. jeweils 10-12 Uhr, Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

## Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» 13.2., 20.2. jeweils 13 - 14 Uhr, Abgeordnetenhaus, Büro, Raum 546, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

## Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 16-18 Uhr, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

## Abgeordnetenbüros

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Tel. 030 54980323, und **Regina Kittler** (MdB), Telefon: 030 54980322, Sprechstunden auf Nachfrage, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

## BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, dienstags 9-12 Uhr, mittwochs 15 -17 Uhr, donnerstags 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561**

<b>Offen:</b>	<b>Montag</b>	<b>13 - 17 Uhr</b>	
	<b>Dienstag:</b>	<b>10 - 17 Uhr</b>	<b>Schließtage sind:</b>
	<b>Donnerstag:</b>	<b>13 - 18 Uhr</b>	<b>5.2., 9.2., 16.2.2018</b>
	<b>Freitag</b>	<b>10 - 13 Uhr</b>	

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

**Internet:** www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**E-Mail:** bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**Bearbeitungsschluss:** 26.01.2018. Auslieferung ab 30.01.2018.

**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf *links* wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint **exakt am 27.02.2018 (Anlieferung aus Druckerei).**